

# Für einen Politikwechsel in Schleswig-Holstein

**Nicht nur wählen gehen –  
Außerparlamentarisch den Druck verstärken!**



Die Große Koalition in Schleswig-Holstein ist vor Ablauf der Legislaturperiode mit einer Bankrotterklärung beider Regierungsparteien gescheitert.

Bei der Bildung der Regierung 2005 erklärte die DKP: „Mit der Bildung einer großen Koalition wird der Boden für die weitere Entwicklung einer reaktionären rechten Politik, die auch den rechten bis faschistischen Organisationen in unserem Lande Auftrieb geben wird, gelegt: Wenn CDU und SPD gemeinsam eine Regierung bilden, dann werden die Interessen des Kapitals in einem noch stärkeren Ausmaß vertreten und durchgesetzt werden als es bislang bereits geschieht. Ein Schulterchluss der SPD in Schleswig-Holstein mit der CDU wird nicht den gewünschten Politikwechsel für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung unseres Bundeslandes bringen, sondern einzig und allein danach ausgerichtet sein, wie die Gewinne der Unternehmer zu sichern.“

Die Lasten der verfehlten Politik im Land haben die Menschen zu tragen die noch arbeiten, aber oft um ihren Arbeitsplatz bangen, Arbeitslose, Kinder und Jugendliche, Rentnerinnen und Rentner.

Die Bildungsmisere in unserem Lande – beispielhaft mit der verfehlten Schulreform, der Abbau der Demokratie durch eine Gebietsreform, mit der die jeweiligen kommunalen Vertretungen nur noch zu Ausführenden der Landesregierung gemacht werden, ein neues Polizeigesetz, der geplante dramatische Personalabbau bei den im Landesdienst Beschäftigten, die verschärfte Umsetzung des Hartz IV-Gesetzes, die halbherzige und nicht offensive Auseinandersetzung mit neofaschistischen und anderen rechten Kräften wie der NPD und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Menschen unseres Landes. Damit sind noch nicht alle Maßnahmen aufgezählt, die zu berücksichtigen sind. Die Armut in Schleswig-Holstein wächst. Immer mehr Menschen müssen Hilfe zum Leben bei den ARGEn

und Sozialämtern in Anspruch nehmen und die Tafel „erfreut sich ständig wachsenden regen Zuspruchs“.

### Finanz- und Wirtschaftskrise in Schleswig-Holstein

Die Menschen in Schleswig-Holstein wurden Zeuge, wie zu Beginn der schärfsten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Landesregierungen aus Schleswig-Holstein und Hamburg ein Rettungspaket für die HSH-Nordbank schnürten. Mit einer Sofortkapitalspritze von 3 Milliarden Euro und einer zusätzlichen Sicherheitsgarantie über 10 Mrd. Euro wurde das Überleben der Bank (vorerst) gesichert. Doch nach wie vor ist diese Bank ein Fass ohne Boden. Zurzeit werden weitere Verluste gemeldet. Doch der Vorstandsvorsitzende Dirk Jens Nonnenmacher bekommt trotz massiver Finanzprobleme 2,9 Millionen Euro „Zusatzgehalt“.

Die Sicherung der HSH-Nordbank sollte dazu beitragen den mittelständischen Unternehmen des Landes ausreichend Kredite bereitzustellen. Wie die Kreditvergabe tatsächlich aussieht, zeigt das Beispiel der Lindenuwerft in Kiel: Diese Werft, zurzeit von einem Insolvenzverwalter betrieben, ist nicht in der Lage Aufträge anzunehmen, da sie die entsprechenden Kredite von den Banken nicht bekommt. Insgesamt nehmen die Belastungen im Alltagsgeschäft der Schiffsfinanzierungen massiv zu. Der Bereich des Schiffbaus und der Reedereien steckt am Beginn einer tiefen Krise. Doch mit unvorstellbaren Summen von Steuermitteln subventioniert, scheint das kapitalistische Profitsystem wieder zu funktionieren. Anstatt im geordneten Konkursverfahren die Ursachen und Verantwortlichkeiten zu klären, aus der Konkursmasse die Forderungen der „kleinen“ Gläubiger zumindest partiell zu bedienen, werden die öffentlichen Kassen geplündert. Bankschulden werden in Staatsschulden umgewandelt und es sind die Steuerzahler, die die Suppe auslöffeln. Gleichzeitig wird den Menschen vorgegaukelt, das Schlimmste dieser Finanz- und Wirtschaftskrise sei vorbei. Damit soll der Kapitalismus wieder „gesundgebetet“ werden – nach dem Prinzip Hoffnung.

- Die DKP fordert: Die Rettung der HSH darf nicht auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger gehen. Eine Sanierung darf nicht zu Lasten der Sparkassen erfolgen, die als Anteilseigner mit betroffen sind.
- Wir fordern die Überführung von Großbanken und Großkonzernen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle durch Belegschaften, Gewerkschaften und durch die Bevölkerung.



### Arbeitsplätze schaffen, nicht abbauen

Die Landesregierung hat durch ihre Politik nicht zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in unserem Lande beigetragen. Langfristig trägt sie die Verantwortung für die immer weiter schrumpfenden Wertarbeitsplätze. So hat sich die Landesregierung aus ihrer Verantwortung bei der HDW in Kiel durch den Verkauf der Landesbeteiligung herausgekauft.

Wir fordern die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Land gerecht zu werden, anstatt dem stetigen Abbau einfach nur zuzusehen. Die Werftindustrie spielt nach wie vor für Schleswig-Holstein eine wesentliche Rolle. Nicht nur die Arbeitsplätze auf den Werften sind von der Krise im Schiffbau und der Reedereien betroffen, sondern auch die gesamte Zulieferindustrie.

- Konzepte zum Erhalt der Werften und dem damit verbundenen Ausbau auf den neuesten technischen und ökologisch bestmöglichen Standard im Schiffbau müssen umgehend erarbeitet und durchgesetzt werden.
- Wir fordern einen Ausbau der Arbeitsplätze im Überwasser – Schiffbau, der in der Regel der Handelsschifffahrt entspricht.
- Der Umbau der Werften auf den Unterwasserschiffbau



und somit dem überwiegend militärischen Zweig wird von uns abgelehnt, da dies weder eine langfristige Sicherung von Arbeitsplätzen zur Folge hat, noch der Sicherheit und dem Friedensdenken der Menschen gerecht wird.

- Bei den mit Steuergeldern finanzierten Projekten und Betrieben sind von der Landesregierung Arbeitsplatzgarantien mit den unterstützten Einrichtungen zu vereinbaren.
- Der weitere Abbau von bis zu 4.800 Arbeitsplätzen der Landesbeschäftigten in allen Bereichen darf nicht, wie von der Großen Koalition von CDU und SPD noch im Mai beschlossen, umgesetzt werden. Alle darauf gerichteten Maßnahmen sind umgehend zu stoppen.
- Es müssen Ausbildungsplätze ausgebaut und geschaffen werden, die nicht dem Profitinteresse der Konzerne unterworfen sind. Konzerne und Betriebe, die nicht ausbilden, müssen in einen Ausbildungsfond zahlen. Die Übernahme nach der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis muss gesetzlich geregelt werden.
- Frauen und Kinder in Schleswig-Holstein sind in besonderem Ausmaß von Armut und Altersarmut betroffen. Die Landesregierung muss Maßnahmen ergreifen und ihren Einfluss geltend machen, um Arbeitsplätze insbesondere für Frauen zu schaffen – dabei ist der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu berücksichtigen. Sogenannte spezifische Frauenarbeitsplätze sind gesellschaftlich und finanziell aufzuwerten.

## Keine Privatisierungen gesellschaftlichen Eigentums – für Rekommunalisierung

Wir wenden uns gegen jede Privatisierung öffentlichen Eigentums, insbesondere der Bereiche, die der Daseinsvorsorge der Menschen dienen.

- Keine weitere Privatisierung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und der Einrichtungen der kommunalen Gesundheitsvorsorge wie Krankenhäuser und kein Abbau von Rettungstationen. Medizinische Einrichtungen dürfen nicht nach dem Kriterium der Rentabilität ausgerichtet sein.
- Stopp der Privatisierung in der Energieversorgung wie Strom und Wasser
- Wir fordern landesweite Konzepte und Unterstützung der Kommunen bei der Rekommunalisierung von Betrieben der Daseinsvorsorge

## Bessere Bildung in Schleswig-Holstein

Mit den Bildungsstreiks und Demonstrationen im Juni 2009 gingen Tausende Schülerinnen und Schüler auf die Straße. Es wurde das Recht auf gute Bildung einschließlich der qualitativen Ausstattung der Bildungseinrichtungen gefordert.



Oft wird von Bildung als Zukunftsaufgabe gesprochen. Investiert in diese Zukunftsaufgabe wird nicht. Lehrkräften wird der Weg an die schleswig-holsteinischen Schulen mit hohen Anforderungen verbaut, oft erhalten sie nur Zeitarbeitsverträge für halbe oder ganze Schuljahre. Diese prekäre Arbeitssituation der Lehrkräfte wirkt sich auf die Qualität der Arbeit in den Bildungseinrichtungen aus.

- Die DKP fordert eine gründliche Umverteilung der Ausgaben des Landes und das Einklagen der notwendigen Mittel beim Bund für eine Bildungspolitik, die den jungen Menschen eine Chance gibt.
- Die Betreuung für alle Kinder in Kindertagesstätten und Horten muss generell kostenfrei sein. Sie sind Teil der Bildungsmaßnahmen. Dazu sind für Kleinkind- und Grundschulalterbetreuung und -bildung qualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen.
- Wir fordern den flächendeckenden Aufbau von Gesamtschulen als wirklicher Alternative zum dreigliedrigen Schulsystem. Gesamtschulen bieten allen SchülerInnen, unabhängig von der sozialen und kulturellen Herkunft, die Möglichkeit sich Wissen anzueignen, um später einen Ausbildungs- oder Studienplatz zu erhalten.
- Ausbildung und Studium müssen nach den Wünschen, Fähigkeiten und Kenntnissen für alle Jugendlichen möglich sein. Dafür sind gut ausgebildete Lehrkräfte und kleine Klassen unabdingbar. Bildung kostet Geld. Es muss da geholt werden, wo es vorhanden ist. Bei den Reichen und durch Streichung der Rüstungsausgaben im Land.
- Wir fordern kostenfreie Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen. Lehr- und Lernmittel an Schulen und Universitäten müssen kostenfrei gestellt werden. Keine Einführung von Studiengebühren.

## Gegen Militarisierung

In Schleswig-Holstein spielt die Militarisierung des öffentlichen Lebens permanent und schleichend zunehmend eine größere Rolle. Angefangen von öffentlichen Rekrutenvereidigungen über Große Zapfenstriche, der Umbau von Einrichtungen für die Rüstungsproduktion wie auf den Werften und die dazugehörige Zulieferindustrie, sowie die Flottenmanöver der NATO in der Ostsee bis hin zu den Tests von neuen Radartechnologien, die während der Kieler Woche 2009 durchgeführt wurden. Die DKP fordert ein Einhalten dieser Politik der Militarisierung.

- Wir fordern von der Landesregierung, dass endlich Druck auf den Bund ausgeübt wird, damit die Bundeswehr aus Afghanistan und anderen Regionen der Erde zurückgezogen wird.

Eine Kriegsbeteiligung der Bundeswehr im Ausland widerspricht dem Grundgesetz und betrifft auch Menschen aus Schleswig-Holstein.

- Keine weitere Militarisierung der Wirtschaft wie z.B. durch den geplanten Ausbau des Militärschiffbaus auf der HDW. Konzepte zur Umwandlung von Militärproduktion in zivile Wirtschaftsbereiche. Keine Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln für Betriebe der Rüstungswirtschaft.
- Keine Militarisierung des öffentlichen Lebens z.B. mit Rekrutenvereidigungen oder Großen Zapfenstreichen auf öffentlichen Plätzen. Die Landesregierung muss mit den Kommunen die Zustimmung zu o.g. Veranstaltungen verweigern.
- Die Landesregierung muss sich bei den zuständigen Bundesbehörden und Ministerien gegen die logistische Unterstützung der Entsendung von Kriegsflotten oder Luftwaffeneinheiten der Bundeswehr aus Schleswig-Holstein in andere Länder einsetzen.
- Die Ostsee muss ein Meer des Friedens werden! Alle militärischen Planspiele und Übungen von Bundeswehr und NATO-Einheiten auf der Ostsee müssen mit dem Druck der Landesregierung auf die politisch und militärisch Verantwortlichen in den Schaltzentralen im Bund und der NATO vereitelt werden.



## NoNPD, keine Autonomen Nazis und Freie Kameradschaften

Die Rechtsentwicklung muss gestoppt werden – Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

- In Schleswig-Holstein muss der Antifaschismus zum gesellschaftlichen Leitbild erklärt werden.
- Die Verharmlosung von Naziaktivitäten durch Innenministerium und politische Parteien, sowie durch die Kommunen muss beendet werden.



- In den Schulen Schleswig-Holsteins dürfen keine Schulbücher verwendet werden, in denen „positive Seiten des NS-Regimes“ dargestellt werden.
- Wir fordern die finanzielle Förderung von KZ-Gedenkstätten und die Unterstützung der Gedenkstättenarbeit im Land.
- Wir fordern die finanzielle Unterstützung der Arbeit von antifaschistischen Basisinitiativen und Organisationen.
- Das Grundgesetz (Artikel 139) verbietet Rassismus und Neofaschismus. Entsprechend müssen sich die Landesregierung und die politischen Parteien für ein Verbot und die Auflösung aller faschistischen Parteien und Organisationen einsetzen.

### Für den Erhalt und Ausbau demokratischer Rechte

- Alle Maßnahmen und Gesetze, die demokratische Rechte einschränken sind zurückzunehmen.
- Kein Ausbau des Überwachungsstaates – Rücknahme bisheriger Gesetze zur Bespitzelung und Überwachung der Bevölkerung
- Gegen Einschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechts
- Die Hürden für Volksentscheide und Volksbegehren sind abzubauen – Begehren und Entscheidungen durch Abstimmungen der Bevölkerung sind umzusetzen
- Wahlrecht für alle in unserem Land lebenden Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- Gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen.
- Die Abschiebepaxis in Schleswig-Holstein ist zu beenden. Für das Bleiberecht aller hier lebenden Ausländer.

### Für eine gesunde Umwelt

Schleswig-Holstein ist auch ein Land der Agrarwirtschaft und des Tourismus.

Es bedarf umfangreicher umwelt- sowie verkehrspolitischer Maßnahmen, um dem Anspruch der Bevölkerung an eine gesunde Umwelt und eine Touristik im Interesse der Menschen gerecht zu werden.

Dazu gehören als erste Schritte:

- Das schleswig-holsteinische Wattenmeer als Teil des Weltnaturerbes der UNESCO muss in der Verantwortung des Landes bleiben. Eine Kommunalisierung des Wattenmeeres mit der Übertragung der Verantwortung auf die finanzschwachen Kommunen lehnen wir ab.
- Nein zur Belt-Querung. Die negativen Auswirkungen auf die gesamte Meeresfauna und den größten Zugvogelweg Europas sind nicht wiederherstellbar.



- Keine CO<sub>2</sub>-Endlager in Schleswig-Holstein. Der Ausstoß von CO<sub>2</sub> ist mindestens nach den Empfehlungen der UN zu reduzieren. Das fossile Energieregime ist abzubauen.
  - Sofortiges Abschalten der AKW´s Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf.
- Es ist ein Skandal, dass das AKW Krümmel trotz massiver und offensichtlicher technischer Probleme immer wieder ans Netz geht und die Landesregierung ihrer Verantwortung auf Bereitstellung einer gesundheitlich unbedenklichen Energieversorgung nicht gerecht wird.
- Wir fordern von der Landesregierung Gesetze und Maßnahmen, mit denen die Rekommunalisierung der Energieversorgung in Schleswig-Holstein umgesetzt und unterstützt wird.
  - Statt des Einsatzes von Herbiziden und Pestiziden fordern wir Fruchtfolgen, Vielfalt in der Landwirtschaft statt Gift – staatliche Unterstützung für ökologisch vertretbare Landwirtschaft.



## Eine andere Politik ist möglich – deshalb den außerparlamentarischen Druck verstärken

Die Große Koalition hat mit ihrer Politik den arbeitenden und den bereits von Arbeit ausgegrenzten Menschen, den Jugendlichen, der Bildung und der Demokratie schweren Schaden zugefügt. CDU und FDP sind Parteien der beschleunigten Umverteilung von unten nach oben. Sie sind ebenso wie die SPD nicht gegen die Agenda 2010 und nicht gegen Hartz IV, sondern für deren Verschärfung. Diese Politik ist keine Garantie für Arbeitsplätze, für soziale Gerechtigkeit, gegen Ausplünderung und neue Massenbelastungen.

Aus der Erfahrung wissen wir, dass „die da oben“ nur dann in Bewegung kommen, wenn es Druck durch Aktionen, Demonstrationen und andere Veranstaltungen gibt. Die DKP will diesen außerparlamentarischen Druck verstärken und unterstützt alle Aktivitäten, die durch die vielfältigen regionalen Bündnisse, Gewerkschaften, den Bildungsbündnissen und anderen organisiert werden.

Die DKP setzt sich dafür ein, alles zu tun, um den rechten und neofaschistischen Kräften unseres Landes eine Niederlage zu bereiten.

Das ist nur dann möglich, wenn wir nicht nur auf Wahlbeteiligung, sondern auf Druck setzen. Auch in Schleswig-Holstein haben alle Landtagsfraktionen und die Opposition in neoliberaler Eintracht die herrschende Politik der Großen Koalition unterstützt.

In der jetzigen Situation wäre die Präsenz einer konsequenten antikapitalistischen und sozialistischen Kraft, die unbeirrt auf die Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung setzt, auch im Landtag die notwendige Antwort und von Vorteil.



### Ja, ich will

- mehr Infos über die DKP und ihr Programm  Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe  Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Telefon

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an: DKP-SH, Stadtfeldkamp 22, 24114 Kiel

Wir stellen fest:

- Bei und nach den anstehenden Wahlen werden die Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung nur dann bei den Abgeordneten Gehör finden, wenn der außerparlamentarische Druck auf alle im Landtag vertretenen Parteien entwickelt und fortgeführt wird

Deshalb:

- setzt die DKP auf eine Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung
- unterstützt die DKP den außerparlamentarischen Kampf mit aller Kraft

## Die DKP ist antikapitalistisch und sozialistisch!

## Wir fordern auf: Nicht nur wählen gehen – Druck machen!



**UZ – Sozialistische Wochenzeitung der DKP**

„Originalton  
DKP – Woche  
für Woche“

**Sie haben die Wahl:**

- 10 Wochen **kostenlos** testen.
- 40 Prozent Jahres-Rabatt** für alle, die „Unsere Zeit“ bis zur Bundestagswahl für mindestens zwei Jahre abonnieren. (Das befristete Angebot gilt auch für ein ermäßigtes Abo.)
- Normal-Abo 114 Euro/Jahr  Ermäßigtes Abos (65 Euro/Jahr)

Name / Vorname

Telefon

Alter

Straße / Nr.

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Ausschneiden und einsenden an CommPress-Verlag, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen